Bundesgesetz
über
den Finanzausgleich unter den Kantonen
(Vom 19. Juni 1959)

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 41^{ter}, Absatz 3, Buchstabe *d* und Absatz 5;
42^{ter} und 42^{quater} der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 23. Januar 1959¹⁾,
beschliesst:

I. Bundesbeiträge

Art. 1

Grundsatz

¹ Die Bundesbeiträge an die Kantone werden nach ihrer Finanzkraft abgestuft.

² Die Grundsätze für die Abstufung von Bundesbeiträgen nach der Finanzkraft sind auch auf die Beteiligung der Kantone an den Kosten von Bundesaufgaben anzuwenden.

³ Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind massgebend, soweit Bundesgesetze oder Bundesbeschlüsse nichts Abweichendes enthalten.

Art. 2

Bemessung
der
Finanzkraft

Der Bundesrat stellt nach Anhören der Kantonsregierungen einen Schlüssel für die Bemessung der Finanzkraft der Kantone auf. Darin sind namentlich die Steuerkraft und ihre Ausschöpfung durch Kantone, Bezirke und Gemeinden sowie ihre andern Finanzquellen zu berücksichtigen.

Art. 3

Abstufung
der
Bundesbeiträge

¹ Der Bundesrat teilt die Kantone nach der Finanzkraft in drei Gruppen ein.

² Für die Kantone werden je nach ihrer Gruppenzugehörigkeit in der Regel Höchst-, Mittel- oder Mindestsätze festgelegt.

¹⁾ BBl 1959, I, 145.

³ Der Bundesrat bestimmt die Sätze der Bundesbeiträge für Aufgaben und Werke, die mehreren Kantonen dienen; dabei kann er auf die Berücksichtigung der Finanzkraft der beteiligten Kantone verzichten.

Art. 4

Der Schlüssel und die Gruppenzugehörigkeit der Kantone werden alle zwei Jahre überprüft. Überprüfung
der Grundlagen

Art. 5

Kantone, die mit Steuerpflichtigen Abkommen über ungerechtfertigte steuerliche Vergünstigungen treffen, werden in die nächsthöhere Gruppe der Finanzkraft eingeteilt. Befinden sie sich in der höchsten Gruppe, so werden die ihnen zukommenden Bundesbeiträge unter den Mindestsatz herabgesetzt, höchstens jedoch um die halbe Differenz zwischen Mindest- und Höchstsatz. Steuer-
abkommen

Art. 6

Bundesbeiträge an Dritte können von der Bedingung abhängig gemacht werden, dass der Kanton entsprechend seiner Finanzkraft ebenfalls zur Finanzierung der Aufgabe oder des Werkes beiträgt. Bundesbeiträge
an Dritte

Art. 7

¹ Ist nach Bundesgesetzen oder Bundesbeschlüssen bei der Gewährung von Bundesbeiträgen auf die Berggebiete besonders Rücksicht zu nehmen, so bestimmen die Ausführungserlasse, inwieweit daneben auch der Finanzkraft der Kantone Rechnung zu tragen ist. Berggebiete

² Der Bundesrat bestimmt nach Anhörung der Kantonsregierungen, welche Landesteile als Berggebiete zu bezeichnen sind.

II. Finanzausgleich mit den Wehrsteueranteilen der Kantone

Art. 8

Jeder Kanton hat dem Bund 5 Prozent seiner Wehrsteuereingänge für den Finanzausgleich unter den Kantonen abzuliefern. Mittel

Art. 9

¹ Die bis Jahresende abgelieferten Mittel werden wie folgt unter die Kantone verteilt: Verteilung

- a. die Hälfte auf alle Kantone nach der Bevölkerungszahl;
- b. die Hälfte auf die Kantone mit unterdurchschnittlicher Wehrsteuerkraft. Die Zuteilung richtet sich nach dem Unterschied zwischen der landesdurchschnittlichen Wehrsteuerkraft und der Wehrsteuerkraft des Kantons.

² Als Berechnungsgrundlagen dienen die letzten verfügbaren Ergebnisse der Wehrsteuer und der eidgenössischen Volkszählung.

³ Der Bundesrat ordnet die Einzelheiten nach Anhörung der Kantonsregierungen.

Art. 10

Begrenzung

Der gesamte Anspruch eines Kantons auf die von den Kantonen abgelieferten Mittel beträgt höchstens 65 Prozent seiner Wehrsteuereingänge.

III. Änderung von gesetzlichen Erlassen

Art. 11

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

a. *Bundesgesetz vom 2. Juli 1886¹⁾ betreffend Massnahmen gegen gemeingefährliche Epidemien:*

«Art. 8, Abs. 1

Der Bund ersetzt den Kantonen bei den in Artikel 1 genannten Krankheiten 80 bis 50 Prozent der Auslagen, die sie und die Gemeinden nachweisbar für die Durchführung der in den Artikeln 5, 6 und 7, Absatz 3 vorgeschriebenen Massregeln, einschliesslich der wegen Erwerbsverlustes entrichteten Entschädigungen, gemacht haben.»

b. *Bundesgesetz vom 8. Dezember 1905²⁾ betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen:*

«Art. 10, Abs. 1

Der Bund gewährt Beiträge von 80 bis 50 Prozent:»

c. *Bundesgesetz vom 10. Juni 1925³⁾ über Jagd und Vogelschutz:*

«Art. 20, Abs. 1

Der Bund übernimmt 80 bis 50 Prozent der Kosten der Wildhut in den in Artikel 15 und 16 vorgesehenen Bannbezirken und Wildasylen. Liegen die Bezirke und Asyle im Berggebiet, so beträgt der Beitragsansatz 50 Prozent.»

«Art. 21

Sofern die Kantone in den eidgenössischen Jagdbannbezirken und Asylen Wildschaden vergüten, übernimmt der Bund 80 bis 50 Prozent der Kosten. Liegen die Bezirke und Asyle im Berggebiet, so beträgt der Beitragsansatz 50 Prozent.»

IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 12

Bis zum Erlass der Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 42^{quater} der Bundesverfassung wird nach den Bestimmungen des Konkordates zwi-

Ungerechtfertigte steuerliche Vergünstigungen

¹⁾ BS 4, 345.

²⁾ BS 4, 459.

³⁾ BS 9, 544.

schen den Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Ausschluss von Steuerabkommen vom 10. Dezember 1948¹⁾ beurteilt, ob eine ungerechtfertigte steuerliche Vergünstigung nach Artikel 5 dieses Gesetzes vorliegt.

Art. 13

Das Gesetz tritt rückwirkend auf den 1. Januar 1959 in Kraft. Die Artikel 8 bis 10 gelten für die Wehrsteuereingänge von der 10. Wehrsteuerperiode an. Inkrafttreten

Art. 14

Der Bundesrat ist mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt. Er passt die in Vollzugsbestimmungen zu andern Gesetzen vorgesehenen Beitragsabstufungen diesem Gesetz an. Vollzug

Also beschlossen vom Ständerat,

Bern, den 19. Juni 1959.

Der Präsident: **Aug. Lusser**

Der Protokollführer: **F. Weber**

Also beschlossen vom Nationalrat,

Bern, den 19. Juni 1959.

Der Präsident: **Eugen Dietschi**

Der Protokollführer: **Ch. Oser**

Der Schweizerische Bundesrat beschliesst:

Das vorstehende Bundesgesetz ist gemäss Artikel 89, Absatz 2 der Bundesverfassung und Artikel 3 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse zu veröffentlichen.

Bern, den 19. Juni 1959.

Im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

4250

Datum der Veröffentlichung: 25. Juni 1959

Ablauf der Referendumsfrist: 23. September 1959

¹⁾ AS 1949, 1364.

Bundesgesetz über den Finanzausgleich unter den Kantonen (Vom 19. Juni 1959)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1959
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	26
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.06.1959
Date	
Data	
Seite	1536-1539
Page	
Pagina	
Ref. No	10 040 625

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.